



## **Gemeinsame Pressemitteilung von Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND), DEEPWAVE, Deutsche Umwelthilfe (DUH), Greenpeace, NABU, ....**

Gemeinsame Pressemitteilung von Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND), DEEPWAVE, Deutsche Umwelthilfe (DUH), Greenpeace, NABU, Schutzstation Wattenmeer, Whale and Dolphin Conservation (WDC) und WWF vom 9. April 2015  
Regierung muss beim Schutz der Meere nachbessern - Verbände kritisieren Maßnahmenplan und legen Schattenliste vor  
Mit scharfer Kritik reagieren acht deutsche Umweltverbände auf die aktuellen Meeresschutzpläne von Bund und Ländern. "Der vorliegende Entwurf enttäuscht. In dieser Form wird er kaum verhindern, dass Düngemittel, Pestizide und andere Gifte aus der Landwirtschaft oder der Industrie in die Meere gelangen. Maßnahmen zur Beschränkung der Fischerei fehlen, obwohl in Stellnetzen unzählige Schweinswale und Seevögel als Beifang verenden. Selbst in Schutzgebieten dürfte somit weiterhin der Meeresboden mit Grundschieppnetzen umgepflügt werden", kritisieren die Verbände. Den ersten Entwurf eines Maßnahmenkatalogs hatte die Bundesregierung gemeinsam mit den Landesregierungen der fünf Küstenbundesländer Ende März 2015 veröffentlicht. Hintergrund ist die Umsetzung der Europäischen Meeresstrategie-Rahmenrichtlinie (MSRL).  
Bereits 2011 hatte ein regierungseigener Bericht den heimischen Meeren einen schlechten Gesundheitszustand attestiert. Die Umweltverbände legten daraufhin 2014 eine Schattenliste mit Maßnahmen für einen guten Zustand der Meere bis 2020 vor. Die Meere seien überfischt, vermüllt und vergiftet, daher bestehe sofortiger Handlungsbedarf, so die Verbände. Einzelne Maßnahmen seien schnell und einfach umzusetzen. Insbesondere müssten nutzungsfreie Zonen in den Schutzgebieten realisiert werden, die bedrohten Arten als Refugien dienen. Die zuständigen Stellen würden sich jedoch schwer tun verbindliche Regulierungen zu formulieren, bemängelten die Verbände.  
Als besonders dürrtig bezeichneten sie die nun vorgestellten Maßnahmen, um den Nähr- und Schadstoffeintrag in die Meere zu verhindern. Es werde allein auf die EU-Wasserrahmenrichtlinie verwiesen, die den Schutz der Binnengewässer gewährleisten solle, bei der es jedoch ein eklatantes Umsetzungsdefizit gebe. "Der Stand bei der Wasserrahmenrichtlinie lässt wenig Hoffnung aufkeimen. Das Ziel, die deutschen Fließgewässer bis 2015 in einen guten ökologischen und chemischen Zustand zu führen, wurde bislang nur bei einem Bruchteil erreicht. Weiterhin strömen Unmengen an Düngemitteln und Giften in unsere Flüsse und ins Grundwasser und damit auch in die Meere", so die Verbände. In der Ostsee seien die Folgen der Überdüngung am deutlichsten zu sehen. Großflächige tote Zonen am Meeresboden und trübes Wasser bedrohten die Unterwasserwelt und schreckten auch zunehmend Touristen ab. Dringend notwendig seien Maßnahmen wie beispielsweise Gewässerrandstreifen von mindestens zehn Metern und Beschränkungen des Düngemitelesatzes und der Gülleausbringung.  
"Die Bundesregierung muss endlich mehr für die Meere tun als unverbindliche warme Worte. Der Katalog muss dringend überarbeitet werden, damit sich der Zustand unserer Meere wieder verbessern kann", fordern die Verbände.  
Das Programm zur Rettung der Meere steht für die öffentliche Beteiligung offen. Die Unterlagen können unter [www.meeresschutz.info](http://www.meeresschutz.info) heruntergeladen werden.  
Die Schattenliste der Umweltverbände steht zum Download bereit unter [www.bund.net/MSRL](http://www.bund.net/MSRL).

### **Pressekontakt**

Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND)

10179 Berlin

[bund.net](http://bund.net)  
[bund@bund.net](mailto:bund@bund.net)

### **Firmenkontakt**

Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND)

10179 Berlin

[bund.net](http://bund.net)  
[bund@bund.net](mailto:bund@bund.net)

P>1975 gründeten Horst Stern, Bernhard Grzimek und 19 weitere Umweltschützer den Bund für Natur- und Umweltschutz Deutschland. 1984 kam die BUNDjugend hinzu und 1989 schloss sich der BUND dem internationalen Netzwerk Friends of the Earth an. Dieses Jahr wird der BUND 30 Jahre alt und ist mit fast 400.000 Mitgliedern und Spendern der größte föderale Umweltverband Deutschlands. Mit unzähligen Aktionen und Kampagnen auf regionaler, nationaler und internationaler Ebene konnten wir Moore retten, gegen die Atomkraft mobil machen und uns für umwelt- und gesundheitsverträgliche Produkte einsetzen.